

SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln
DIE LINKE. Fraktion im Rat der Stadt Köln

An den
Vorsitzenden des Ausschusses für Soziales und Senioren
Herrn Michael Paetzold

Frau Oberbürgermeisterin
Henriette Reker

Eingang beim Büro der Oberbürgermeisterin: 09.11.2017

AN/1620/2017

Änderungs- bzw. Zusatzantrag gem. § 13 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Ausschuss Soziales und Senioren	09.11.2017
Finanzausschuss	13.11.2017
Rat	14.11.2017

Änderungsantrag zu TOP 4.4, Beschlussvorlage Verlängerung Auszugsmanagement, Vorlagennummer 2338/2017

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die Antragsteller bitten Sie, folgenden Ergänzungsantrag zu TOP 4.4 der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren vom 11.09.2017 aufzunehmen.

Der Beschlusstext wird wie folgt geändert:

1. Der Rat der Stadt Köln beschließt die unbefristete Weiterführung der Aufgabe „Auszugsmanagement“ ab dem 01.01.2018. Zur Erfüllung dieser dauerhaft erforderlichen Aufgabe werden alle sieben Vollzeitstellen bei den Trägern unbefristet finanziert. Die Finanzmittel werden zu gleichen Teilen auf die drei Träger des Auszugsmanagements, Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Köln e.V., Caritasverband für die Stadt Köln e.V. und Kölner Flüchtlingsrat e.V. verteilt.

2. Zur Deckung der vergangenen – von den Trägern ausgezahlt, aber von der Stadt nicht erstatteten - Tarifikostensteigerungen erhalten die Träger zusätzlich 10 % der Personalkosten, das entspricht 51.000 € im Hj. 2018.

Zur Finanzierung der konsumtiven Aufwendungen in Höhe von 562.000 € im Hj. 2018 sind im Haushaltsplanentwurf 2018 im Teilplan 1004, Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen entsprechende Mittel vorgesehen.

Begründung:

Das Projekt Auszugsmanagement arbeitet seit Juli 2011 sehr erfolgreich und konnte seitdem 2.996 Flüchtlinge (Stichtag 23.08.2017) in Wohnungen vermitteln. Dies ist ein bedeutender Baustein für die Integration zu uns geflüchteter Menschen und entlastet zudem den städtischen Haushalt. Um auf dem in Köln aktuell und auch in Zukunft sehr angespannten Wohnungsmarkt weiter Wohnungsvermittlungen für Flüchtlinge in ausreichendem Maße realisieren zu können, ist die Fortführung des Projektes mit sieben Vollzeitstellen notwendig. Aufgrund der schleppenden Bautätigkeit in Köln, der mangelnden Erteilung von Baugenehmigungen Seitens der Stadtverwaltung und des anhaltenden Bevölkerungswachstums ist auch in Zukunft nicht mit einer Entspannung auf dem Kölner Wohnungsmarkt zu rechnen.

Die Mitarbeiter*innen des Auszugsmanagements leisten seit Jahren gute Arbeit. Dies verdient Respekt und Anerkennung. Für die Antragsteller ist klar, dass man Mitarbeiter*innen Respekt und Anerkennung insbesondere auch durch ordentliche, tariflich bezahlte und unbefristete Arbeitsverhältnisse entgegenbringt. Die beteiligten Träger leisteten dabei durch eine tarifliche Bezahlung ihren Beitrag. Diese Kosten müssen nun übernommen werden, damit die Schere zwischen erhaltenen Zuschüssen und laufenden Personalkosten bei den Trägern nicht immer stärker auseinanderklafft.

Hier sollte die Stadtverwaltung als Öffentlicher Dienstleister ebenfalls mit gutem Beispiel vorangehen und unbefristete Arbeitsverhältnisse ermöglichen. Denn befristete Arbeitsverträge verunsichern die Menschen, schüren Zukunftsängste und sorgen auch für eine Ungleichbehandlung der Mitarbeiter*innen untereinander. Aus Sicht der Antragsteller ist es nicht hinzunehmen, dass vier der Stellen nur auf zwei Jahre befristet fortgeführt werden. Deshalb setzen wir uns für die entfristete Finanzierung der Stellen ein.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dr. Barbara Lübbecke
SPD-Fraktionsgeschäftsführerin

gez. Michael Weisenstein
Fraktionsgeschäftsführer DIE LINKE